

Ordnung und durch eigene praktische Mitarbeit wieder gutmachen können, was sie in der Vergangenheit an Schuld auf sich geladen haben.

Auf Grund dieser Erwägungen hält die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands den Zeitpunkt für gekommen, das Problem der Eingliederung der Massen der ehemaligen einfachen Mitglieder und Mitläufer der Nazipartei in den demokratischen Aufbau Deutschlands einer Lösung entgegenzuführen. Alle früheren einfachen Mitglieder der Nazipartei, die nicht besonders belastet sind und sich als aktive Mithelfer an der neuen demokratischen Ordnung betätigen, sollen als Staatsbürger anerkannt und behandelt werden. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands tritt dafür ein, daß allen, die guten Willens sind, die Möglichkeit zur Mitarbeit und zu einem neuen Leben gegeben wird. Sie begrüßt deshalb die Maßnahmen, die die Landesverwaltung Sachsen in der Frage der Unterscheidung zwischen aktiven und nominellen Nazis getroffen hat.

Der Volksentscheid in Sachsen war ein großer Schritt auf diesem Wege. Die Betriebe der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten wurden durch die Volksabstimmung in die Hände der Selbstverwaltungen übereignet, die beschlagnahmten Betriebe, die ehemaligen einfachen und nicht besonders belasteten Mitgliedern der Hitlerpartei gehörten, gingen an ihre Besitzer zurück. Von der Volksabstimmung waren die Kriegsverbrecher und aktiven Nazis ausgeschlossen, während alle übrigen ehemaligen nominellen Mitglieder der liquidierten Nazipartei als Staatsbürger an der Volksabstimmung teilnahmen. Es wurde also eine klare Unterscheidung zwischen den Kriegsverbrechern und aktiven Nazis einerseits und den Massen der nominellen Mitglieder der ehemaligen NSDAP anderseits getroffen.

Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands begrüßt die Initiative der Antifaschisten in verschiedenen Entnazifizierungskotnmissionen, die V or Schläge machen beziehungsweise Listen von Kriegsverbrechern und aktiven Nazis vorlegen, damit sich diese Kommissionen vor allem mit der Säuberung der Verwaltungen und der Wirtschaft, der Betriebe und öffentlichen Institutionen von diesen Elementen beschäftigen. Wo die Entnazifizierung noch nicht beendet ist und solche Kommissionen bestehen, ist es Sache der Antifaschisten, unverzüglich die Listen der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis zusammenzustellen und den Kommissionen zur Bearbeitung zu unterbreiten.

Beschluß des Parteivorstandes vom 20. Juni 1946